

**Antrag 262/I/2019****Abt. 01/15 Gesundbrunnen (Mitte)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Einstieg in die Arbeitswelt für Migrant\*innen erleichtern**

1 Zur Zeit leben ca. eine Million geflüchtete Menschen in  
2 Deutschland. Für diese Menschen ist ein Einstieg in den  
3 Arbeitsmarkt deutlich erschwert, selbst mit nachgewie-  
4 senen Sprachzertifikaten scheuen nicht wenige Arbeitge-  
5 ber\*innen die Einstellung einer geflüchteten Person. So  
6 sind nur knapp 40% der Geflüchteten, die meisten davon  
7 entweder Prekär oder im Niedriglohnsektor, beschäftigt.  
8 Ein Großteil ca. 50% ist arbeitssuchend und der Rest ist ar-  
9 beitslos gemeldet. Damit unterscheiden sich diese Werte  
10 signifikant von anderen Vergleichsgruppen.  
11 Hinzu kommt die Tatsache, dass die meisten Migrant\*in-  
12 nen in Deutschland eine Tätigkeit ausüben, die unterhalb  
13 ihrer beruflichen Vorbildung im Ursprungsland liegen - sie  
14 sind nicht "bildungsadäquat" verpflichtet. Dies ist ein Zu-  
15 stand der nicht weiter hinnehmbar ist.  
16 Integration ist keine Einbahnstraße, sie verlangt nicht nur  
17 die Bereitschaft einer immigrierten Person sich in die Ge-  
18 sellschaft zu integrieren, sondern sie verlangt auch eine  
19 Gesellschaft, die in erster Linie die Möglichkeiten und die  
20 Bereitschaft schafft, Menschen zu helfen, die Rahmenbe-  
21 dingungen etabliert, wo jeder neu hinzugezogen Mensch  
22 sich willkommen fühlt.  
23 Das heißt im Klartext: Zugang zu Bildung, Arbeit und  
24 Spracherwerb.  
25 Damit dieser Zugang von Seiten des freien Arbeitsmarktes  
26 gewährleistet werden kann sind eine Reihe von Maßnah-  
27 men nötig:  
28 Wir fordern von den Mandatsträger\*innen der SPD in  
29 den Landtagen, der Landesregierungen, des Bundestages  
30 und der Bundesregierung sich für flächendeckende an-  
31 onymisierte Bewerbungsverfahren einzusetzen und sol-  
32 che in einer Gesetzesnorm zu verankern. Damit solche Be-  
33 werbungsverfahren nicht nur für öffentliche Stellen ver-  
34 pflichtend sind, sondern auch im freien Arbeitsmarkt.  
35 Nur dies würde dem Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz  
36 entsprechen und gleiche Chancen für jede\*n Bewer-  
37 ber\*in ermöglichen.  
38  
39 Wir fordern von den Mandatsträger\*innen der SPD in den  
40 Landtagen, der Landesregierungen, des Bundestages und  
41 der Bundesregierung sich für eine noch zu entwickelten  
42 Migrant\*innenquote in allen Einrichtungen und explizit in  
43 öffentlichen Einrichtungen einzusetzen, die Migrant\*in-  
44 nen berücksichtigt. Alle Quotenmodelle können, das zei-  
45 gen die Erfahrungen mit anderen Minderheitengruppen,  
46 dazu beitragen, diskriminierende Strukturen schnell und  
47 effektiv abzubauen. Sie können die Motivation von Mi-  
48 grant\*innen erhöhen, sich zu engagieren, und Hemm-  
49 schwellen abbauen, sich für Funktionen zur Wahl zu stel-

**Empfehlung der Antragskommission: Erledigt bei Annah-  
me 40/I/2019 (Konsens)**

50 len. Somit wird Chancengleichheit erhöht. Schließlich be-  
51 reichert Diversität nicht nur jede Gesellschaft, sondern  
52 auch jedes Unternehmen.

53 Wir fordern von den Mitgliedern des Bundestages und  
54 der Bundesregierung sich für einen Förderungsfond ein-  
55 zusetzen. Dieser soll Unternehmen fördern, welche nach-  
56 weislich, nachhaltige Praktika an Migrant\*innen anbieten  
57 und sich dadurch auszeichnen, dass die meisten Prakti-  
58 ka in einer Übernahme der betreffenden Person enden.  
59 Dadurch werden Anreize an die Unternehmen geschaf-  
60 fen sich mit nachhaltigen Praktika Angeboten zu befassen  
61 und diese anzubieten.

62

63 Wir fordern von den Mitgliedern des Bundestages und  
64 der Bundesregierung sich dafür einzusetzen, dass eine  
65 Bundeszentrale für Anerkennung von Auslandsabschlüs-  
66 sen etabliert wird. So wird eine Ansprechposition für Mi-  
67 grant\*innen geschaffen, dessen Aufgabe darin besteht,  
68 zum einen Aufklärungsarbeit für Migrant\*innen zu leis-  
69 ten. Zum anderen soll sie die verschiedenen Landesvorga-  
70 ben zur Anerkennungen von Auslandsabschlüssen erfass-  
71 sen, komprimieren, generalisieren und die Durchführung  
72 der Anerkennungen koordinieren.

73 Die Frage der Integration bzw. Inklusion ist nicht nur eine  
74 politische Frage, sondern auch eine Haltungsfrage. Wol-  
75 len wir den Menschen, welche vor Krieg und Hunger geflo-  
76 hen sind, es in einem der reichsten Länder der Welt auch  
77 noch unnötig schwer machen einen Neuanfang zu gestal-  
78 ten? Wollen wir zulassen, dass die Menschen die vor Ar-  
79 mut fliehen, hier in die Armutsfalle geraten? Wollen wir  
80 dabei zusehen, dass Menschen die auf der Suche nach An-  
81 erkennung sind, diese verwehrt bleibt?

82 Kurz um: Wollen wir dabei tatenlos zusehen oder uns tat-  
83 kräftig und solidarisch für die Gleichheit der Teilhabe und  
84 der Lebenschancen für die Migrant\*innen einsetzen?

85 Diese Fragen könnten mit einer Zustimmung dieses An-  
86 trags beantwortet werden.